

MOTION von Gianna Berger (AL, Zürich), Judith Stofer (AL, Dübendorf) und Manuel Sahli (AL, Winterthur)

betreffend Einkommensabhängige Tarifstruktur für den Zürcher Verkehrsverbund

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Kantonsrat eine Vorlage für ein einkommensabhängiges Tarifsystem im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) zu unterbreiten. Damit soll eine gesetzliche Grundlage zur Einführung eines einkommensabhängigen Tarifsystems geschaffen werden, mit welchem die ÖV-Tarife für mittlere und tiefe Einkommen sinken sollen.

Begründung

Die Lebenshaltungskosten im Kanton Zürich sind hoch, nicht nur einkommensschwache, auch normal verdienende Haushalte sind mit steigenden Mieten, Krankenkassenprämien und den Kosten des Öffentlichen Verkehrs stark belastet. Laut einer Umfrage von Deloitte¹ schränken sich viele Menschen aufgrund der Inflation auch bei der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs ein.

Durch die Einführung eines einkommensabhängigen Tarifsystems wird die Kaufkraft von belasteten Haushalten gestärkt. Eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern bezahlt, Stand 2024, jährlich 7916.- Franken, um den ÖV im ganzen Kanton Zürich nutzen zu können. Die in der Motion vorgeschlagene Massnahme würde mehr finanzielle Spielräume für andere Lebensbereiche schaffen und gleichzeitig die soziale Teilhabe fördern.

Ein ungehinderter Zugang zum Öffentlichen Verkehr fördert die soziale Inklusion, indem alle Menschen die Chance haben, aktiv am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben teilzunehmen.

Die Ablehnung des nationalen Autobahnausbaus zeigt, dass der Fokus verstärkt auf die Förderung des Öffentlichen Verkehrs gelegt werden muss. Dieser trägt ausserdem zur Reduzierung des Autoverkehrs bei, was zu weniger Staus und einer Verringerung der CO₂-Emissionen führt. Die Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr fördert die Erreichung der Klimaziele des Kantons Zürich.

Der Anspruchsnachweis auf Entlastungsleistungen für den Öffentlichen Verkehr soll über das steuerbare Einkommen berechnet werden. Das Steueramt könnte Anspruchsberechtigte direkt über die Möglichkeit für die Beantragung einer Entlastungsleistung informieren. Die Leistungen könnten zum Beispiel über personalisierte ZVV-Gutscheine oder eine Rückzahlung nach Einreichen eines gekauften Abonnements erfolgen. Eine Variante eines funktionierenden Modells findet sich zum Beispiel in Wien².

Die Progression der Einkommensstufen soll nicht zu stark ausgeprägt sein, um zu vermeiden, dass Menschen mit mittlerem Einkommen von der Nutzung des öffentlichen Verkehrs abgehalten werden.

Gianna Berger
Judith Stofer
Manuel Sahli

¹ <https://www.deloitte.com/ch/de/about/press-room/inflation-belastet-shweizer-bevoelkerung-zwei-drittel-der-menschen-unter-druck.html> 9.12.24

² https://www.wien.gv.at/amtshelfer/gesundheit/gesundheitsrecht/ausweise/mobilpass.html?pk_campaign=chatbot&pk_kwd=mobilpass 9.12.24